

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Staatskunst statt Raketen](#)
2. [Wer kontrolliert die Trümmer?](#)
3. [Strukturwandel ohne Strategie](#)
4. [Elektronische Patientenakten können falsche oder übertriebene Diagnosen enthalten](#)
5. [Ein ganz kleiner Wurf](#)
6. [Sonntäglicher Zwischenruf meiner Europapolitischen Beraterin](#)
7. [China schneidet Rüstungsbranche von Seltenen Erden ab](#)
8. [Umfrage: Mehrheit der Deutschen lehnt Bürgergeld für Ukraine-Geflüchtete ab](#)
9. [Die Tribute von Big Agro](#)
10. [MAGA vs. MIGA - von JFK bis Charlie Kirk](#)
11. [Interview in der Berliner Zeitung mit Reiner Braun und Michael Müller](#)
12. [Stadtbild](#)
13. [Trump: Der «Krypto-Präsident» sahnt gross ab](#)
14. [ÖRR: Warum die Kirchen die AfD verteufeln - ARD und ZDF aber verteidigen](#)
15. [„Frontal21“-Mann geißelt „interne Zensur“ beim ZDF](#)
16. [Rezension: Das Finanzkapital und der Abstieg der „Moderne“](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. Staatskunst statt Raketen

Die mögliche Lieferung von Tomahawks erhöht das Eskalationsrisiko, wird den Krieg aber nicht entscheiden. Europa fehlt weiterhin eine Strategie. [...]

Die alte Frage in diesem Krieg ist die nach der Eskalationsdominanz. Russland glaubt, dass sie auf seiner Seite liege; die Ukraine denkt, sie könne diese mit westlicher Unterstützung erreichen. Die Eskalationsspirale dreht sich dabei munter weiter. Viele, die über Jahre hinweg falsche Ratschläge gegeben und schlechte Politik betrieben haben, reden nun das Scheitern ihres eigenen Kurses schön oder verbreiten weiter Durchhalteparolen - und fordern gleichzeitig, auf genau diesem Weg weiterzumachen. Das ist Strategielosigkeit im schlechtesten Sinne. Für eine wirksame Unterstützung der Ukraine bräuchte es jedoch Bewegung auf diplomatischer Ebene.

Quelle: [Johannes Varwick auf IPG Journal](#)

2. **Wer kontrolliert die Trümmer?**

Im Gazastreifen versuchen bewaffnete Gruppen, der Hamas die Kontrolle abzurufen. Manche werden von Israel unterstützt – eine fragwürdige Strategie. [...]

Wie viele Kämpfer in diesen Anti-Hamas-Milizen organisiert sind, ist unklar. Das Long War Journal geht von 500 bis 700 Kräften in der Abu-Shabab-Miliz aus, bei der CST von etwa 40 Mitgliedern.

So sieht Gaza mittlerweile aus: ein Flickenteppich aus konkurrierenden Milizen und kriminellen Banden, die zu „Sicherheitskräften“ geworden sind. Diese Fragmentierung dient Israels Premierminister Benjamin Netanjahu. Um diese Haltung der israelischen Regierung gegenüber den in Gaza operierenden Milizen zu verstehen, muss man in die Vergangenheit zurückblicken. [...]

Die Bewaffnung dieser Milizen durch israelische Streitkräfte begann Berichten zufolge im Mai 2024 mit dem Beginn der israelischen Offensive auf die Stadt Rafah, angefangen mit den „Volkskräften“ in Ost-Rafah unter der Führung von Yasser Abu Shabab.

Diese Milizen untergraben die Hamas – so das Argument, das Netanjahu auch für seine Unterstützung der Hamas verwendete: „die Untergrabung der Palästinensischen Autonomiebehörde, um einen palästinensischen Staat zu verhindern“.

Quelle 1: [Middle East Uncovered via taz](#)

Quelle 2: [Middle East Uncovered](#)

3. **Strukturwandel ohne Strategie**

Mit politischen Fehlentscheidungen, planloser Förderpolitik und einer großen Prise Dogmatismus treibt Deutschland seine Automobilindustrie in den wirtschaftlichen Niedergang.

Deutschland fährt mit Vollgas in eine Sackgasse, und kaum jemand will es wahrhaben. Die E-Mobilität, einst als Heilsversprechen verkauft, entpuppt sich zunehmend als riskantes Experiment auf dem Rücken der Arbeitnehmer, Steuerzahler und mittelständischen Zulieferer. Was als Klimarettung begann, droht sich in einen industriepolitischen Offenbarungseid zu verwandeln. Politiker feiern sich für den „grünen Fortschritt“, die Konzernvorstände reden von „Transformation“, doch in den Werkshallen wird entlassen, verlagert, automatisiert. Und wer das Spiel bezahlt, sind wieder die, die man angeblich schützen will.

Quelle: [Günther Burbach](#)

4. **Elektronische Patientenakten können falsche oder übertriebene Diagnosen enthalten**

Durch den Einblick in die neue elektronische Patientenakte (ePA) erfahren offenbar immer mehr Patienten von falschen Diagnosen oder Phantomdiagnosen in ihren

ärztlichen Unterlagen. Das berichten die Neue Westfälische.

Demnach stoßen einige Patienten in der ePA auf Krankheitsbefunde, die entweder überhöht oder frei erfunden sind. Dies gelte vor allem im Bereich der psychischen Erkrankungen, so die Zeitung.

Ein Hintergrund dafür könnte dem Bericht der Neuen Westfälischen zufolge ein Anreizsystem zwischen Krankenkassen und Ärzten sein, mit dem für bestimmte Diagnosen höhere Pauschalen abgerechnet werden können.

Der Hausärztinnen- und Hausärzteverband Deutschland betonte in der Neuen Westfälischen, man kenne keine belastbaren Zahlen und dokumentiere Diagnosen „nach bestem Wissen und Gewissen“. Fehler könnten vorkommen, seien aber Ausnahmen.

Die falschen oder übertriebenen Diagnosen können für Patienten zum Problem werden, wenn sie etwa eine Berufsunfähigkeits- oder Lebensversicherung abschließen oder in die private Krankenversicherung wechseln wollen. Auch beim Zugang zu bestimmten Berufen spielen ärztliche Befunde eine Rolle.

Eintragungen in der elektronischen Akte lassen sich zwar löschen oder verbergen, auf die ursprüngliche ärztliche Akte direkt hat der Patient aber kaum Zugriff. Anja Lehmann von der Stiftung Unabhängige Patientenberatung Deutschland empfiehlt laut der Zeitung: „Jeder Patient sollte genau prüfen, was in seiner Patientenakte steht. Denn die Angaben können schwerwiegende Konsequenzen haben.“

Quelle: [Deutsches Ärzteblatt](#)

5. **Ein ganz kleiner Wurf**

Bärbel Bas möchte bei der Kranken- und Rentenversicherung Gutverdiener stärker in die Pflicht nehmen, doch was die SPD hier vorhat, ist nicht mehr als sozialdemokratisches Rauschen im Blätterwald.

Den Sozialversicherungen fehlt Geld. Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) ächzen unter der demografischen Last, so heißt es. Im gleichen Atemzug werden noch die Jungen gegen die Alten aufgebracht, weil — so die unbarmherzige Argumentation — die Jungen nicht mehr genug einzahlen können, um die Alten zu versorgen. Man kennt das Spiel: Immer weniger Beitragszahler stehen immer mehr Leistungsempfängern gegenüber. Das kann nicht gutgehen. Das Interessante daran: Die Demografie wird zwar schon seit Jahren als Argumentationshilfe verwendet, um den Bürgern mehr Geld für die Renten- und Krankenversicherung aus der Tasche zu ziehen. Doch die Arbeitsministerin Bärbel Bas spricht gar nicht über die Demografie. Sie will stattdessen durch die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze und der Versicherungspflichtgrenze mehr Geld in die Kassen spülen. Schauen wir uns diese beiden sperrigen Begriffe doch einmal etwas genauer an.

Quelle: [Tom Wellbrock auf Manova](#)

6. **Sonntäglicher Zwischenruf meiner Europapolitischen Beraterin**

Seit sie 2019 in Brüssel angekommen ist, will vonderLeyen die EU zwar regieren, aber sonst natürlich möglichst wenig mit ihr zu tun haben. Mit einem kleinen, undurchsichtigen & (unkorrekterweise) recht unweiblichen & deutschen Berater- und Hintermännerstab hat sie sich im 13. Stock des Berlaymont-Gebäudes, dem Hauptsitz der EU-Kommission, eingeklinkt und mit der Presse, den ihr gleichgestellten Fachkommissaren, mit Generaldirektoren und Beamten, wenn überhaupt, dann nur das Notwendigste gesprochen. „Von der Kommission Juncker zur Kommission Bunker“ brachte der langjährige EU-Korrespondent der „Libération“, Jean Quatremer, es damals auf den Punkt.

Quelle: [Martin Sonneborn via Twitter/X](#)

7. **China schneidet Rüstungsbranche von Seltenen Erden ab**

Künftig bedürfen nicht nur Exporte aus China einer Genehmigung – auch wenn etwa ein deutsches Unternehmen ein Produkt mit chinesischen Seltenen Erden nach Frankreich exportiert, braucht es dafür grünes Licht aus Peking. Das allein ist für die Wirtschaft schon ein Riesenproblem, aber die Mitteilung enthält noch ein Detail, das dem Leiter der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) große Sorgen bereitet: „Für militärische Zwecke untersagt China den Export von Seltenen Erden ganz“, sagt Peter Buchholz. „Das ist eine Herausforderung, deren Tragweite noch nicht jedem bewusst ist.“ Die neuen Regeln greifen von Anfang Dezember an.

Quelle: [FAZ](#)

dazu: **Chinesisches Außenministerium: Chinas Ausfuhrkontrollmaßnahmen für Seltene Erden entsprechen international gängigen Praktiken**

Chinas Ausfuhrkontrollmaßnahmen für Seltene Erden entsprechen den international gängigen Praktiken. Dies sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Lin Jian, am Donnerstag zu den Äußerungen von US-Finanzminister Scott Bessent bezüglich der von China eingeführten Ausfuhrkontrollmaßnahmen.

Die von China ergriffenen Maßnahmen dienen dazu, den Weltfrieden und die regionale Stabilität besser zu wahren sowie internationale Verpflichtungen, wie die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, zu erfüllen, so Lin weiter.

In Bezug auf die Äußerungen von US-Präsident Donald Trump zum Kauf von russischem Öl durch China erklärte der Sprecher, China betreibe normale wirtschaftliche und energiepolitische Zusammenarbeit mit allen Ländern der Welt, einschließlich Russland, die rechtmäßig und legitim sei. Das Vorgehen der USA sei ein typisches Beispiel für unilaterale Erpressung und wirtschaftlichen Zwang, das die internationalen Handelsregeln ernsthaft untergrabe sowie die Sicherheit und Stabilität

der globalen Lieferketten bedrohe. Falls die legitimen Rechte und Interessen Chinas beeinträchtigt würden, werde China entschlossene Gegenmaßnahmen ergreifen, um seine Souveränität, Entwicklung und Sicherheitsinteressen konsequent zu schützen.
Quelle: [CRI online](#)

Anmerkung Christian Reimann: In westlichen Medien wird der Sachverhalt oftmals lediglich als Handelsstreit dargestellt. Für die USA geht es jedoch vor allem um die militärischen Fähigkeiten. Deren Produktion von Waffen könnte erschwert werden. Bitte lesen/sehen Sie dazu auch [Schockierende US-Niederlage und Chinas seltene Erden](#) und [Chinesisches Handelsministerium reagiert auf Erhebung zusätzlicher Zölle durch die USA](#) mit einer Anmerkung.

8. Umfrage: Mehrheit der Deutschen lehnt Bürgergeld für Ukraine-Geflüchtete ab

Die jährlichen Ausgaben für rund 700.000 Ukrainer sollen bei 6,3 Milliarden Euro liegen. Demnach soll erst etwa jeder dritte Mensch aus dieser Gruppe arbeiten. [...] Seit Ende August dürfen Ukrainer zwischen 18 und 22 Jahren unter bestimmten Bedingungen ausreisen – wie beispielsweise die Aufnahme eines Studiums oder etwa ein Auslandsaufenthalt. Die Ankünfte in Deutschland sind – laut Beobachtungen des Bundesinnenministeriums (BMI) – von etwa 100 auf etwa 1000 pro Woche gestiegen. Auch die ukrainische Nachrichtenagentur Unian bestätigt diese Entwicklung und ergänzt FREE-Verteilungsdaten. Demnach wurden im Mai 7961 Menschen registriert, im August 11.277 und im September 18.755. Ob der Trend sich fortsetzt, ist laut dem BMI offen.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

dazu auch: **Wer profitiert von der “populistischen Scheindebatte” um Rente und Bürgergeld?**

Die Politik debattiert hitzig über einen angeblichen Reformbedarf bei Bürgergeld und Rente – unter völlig falschen Voraussetzungen, sagt die Ökonomin und Haushaltsexpertin Katja Rietzler vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung im Gespräch mit ntv.de. Die Belastung durch diese Sozialausgaben sei nicht gestiegen. Für die gigantischen Löcher im Bundeshaushalt sei die Regierung selbst verantwortlich.
Quelle: [n-tv](#)

9. Die Tribute von Big Agro

Der Bericht des UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Nahrung, Michael Fakhri, über Konzernmacht und Menschenrechte in der Nahrungsmittelproduktion konstatiert kontinuierlich zunehmende Konzentrationsprozesse und eine daraus folgende Bedrohung für das Recht auf Nahrung und andere Menschenrechte. Die Konzentrationsprozesse stabilisieren Fakhri zufolge zudem das agroindustrielle Modell mit all seinen negativen Auswirkungen auf Umwelt und Klima. Deutsche Unternehmen wie Bayer, BASF und die EW Group gehören zu den in dem Report erwähnten Firmen, die diverse Sparten des Agro-Weltmarktes dominieren. Kritik erfährt auch die Agrarpolitik der EU, weil deren Subventionssystem die Größe von Betrieben honoriert und so das Höfesterben fördert.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

10. **MAGA vs. MIGA - von JFK bis Charlie Kirk**

Edward Curtin zitiert diese Beschreibung in seiner Analyse des Attentats auf Charlie Kirk und der Versuche, den Gründer der konservativen "Turning Point USA"-Bewegung als Märtyrer für politische Institutionen und Ziele zu instrumentalisieren - allen voran von Donald Trump und Benjamin Netanjahu. Den äußerst merkwürdigen TV-Auftritt des Letzteren, kaum 24 Stunden nach dem Mord, mit den Versicherungen, dass es sich bei Charlie Kirk um einen "großen Freund Israels" handle und sein Land mit dem Mord "nicht zu tun habe" - was bis dahin kein Mensch bestritten beziehungsweise behauptet hatte - haben wir in der letzten 3.JT Sendung thematisiert. Ebenso wie die Geschwindigkeit, mit der das offizielle Narrativ gestrickt wurde, von einem - in einem undatierten Chat mit seinem Transgender-Mibewohner - geständigen Einzeltäter, dessen Gewehr mit beschrifteter Munition Kaliber 30.06 zwar in einem Waldstück nahe des Tatorts an der Universität Utah gefunden wurde, das nach Ansicht zahlreicher ballistischer Experten aber ganz andere Verletzungen verursacht hätte als der tödliche Schuss.

Quelle: [Mathias Bröckers](#)

11. **Interview in der Berliner Zeitung mit Reiner Braun und Michael Müller**

Im Interview mit der Berliner Zeitung sprechen die Friedensaktivisten Reiner Braun und Michael Müller über den Ukrainekrieg, Europas Friedenskrise und die Gefahr wachsender Militarisierung.

Die Friedensbewegung hat in den vergangenen Wochen Zehntausende Menschen mobilisiert - doch gemessen an den globalen Krisen bleibt ihr Einfluss begrenzt. Im Gespräch mit der Berliner Zeitung analysieren Reiner Braun und Michael Müller, zwei der prominentesten Stimmen der deutschen Friedens- und Umweltbewegung, warum es so schwer ist, eine neue Generation für Frieden und Abrüstung zu gewinnen. Sie sprechen über die Ursachen des Ukrainekrieges, die Schwäche Europas, die Rolle der Medien - und darüber, warum sie trotz allem an die Kraft gesellschaftlicher

Bewegungen glauben.

Quelle: [Berliner Zeitung via „Frieden schaffen!“](#)

12. **Stadtbild**

Sie wollen Menschen aus ihren Wohnungen treiben, auf die Straße, ohne Obdach. Mit Vorsatz. Denn jüngste Pläne aus dem Koalitionsausschuss des »schwarz-roten« Bundeskabinetts sehen die Option vor, alle Leistungen für Bürgergeldbezieher komplett einzustellen – »einschließlich Kosten für Unterkunft«, erklärten neun Verbände am Dienstag in einem offenen Brief an Bundestagsabgeordnete. Darin fordern etwa der Arbeitersamariterbund (ASB), der Deutsche Mieterbund (DMB), der Sozialverband VdK und die Gewerkschaft Verdi, die geplanten Verschärfungen zu stoppen.

Bereits seit Monaten stehen Arme unter Dauerfeuer der Koalition. Die Bürgergeldkosten würden »explodieren«, besonders Mietkosten nach dem Regelsatz für das alltägliche Leben. Deshalb Nullrunden, deshalb härtere Sanktionen, deshalb die Abschaffung des Bürgergelds. Und nicht zuletzt deshalb der von Bundessozialministerin Bärbel Bas (SPD) eingebrachte Gesetzentwurf für eine neue Grundsicherung. Auch dort zentral: die Kosten für Unterkunft. Die müssten »wirkungsvoll begrenzt« werden, so die Ressortchefin, beispielsweise mittels »kommunalen Quadratmeterdeckels«. Maßnahmen, kaschiert als Kampf gegen »Sozialbetrug mit Schrottimmobilien«. (...)

Hinzu kommt: Mit den verschärften Regeln aus dem Koalitionsvorstoß entfalle bei Umsetzung die bisherige Sicherheit für Vermieter, dass Mieten von Bürgergeldbeziehern zuverlässig übernommen werden, so das Verbändebündnis. »Das erschwert die Wohnungssuche für Leistungsberechtigte.« Extra betroffen wären schutzbedürftige Personengruppen wie Familien mit Kindern, Menschen mit Einschränkungen und Pflegebedürftige.

Offenbar kein Problem für René Springer. »Eine Verschärfung der Sanktionen im Bürgergeld ist längst überfällig«, meinte der Sprecher für Arbeit und Soziales der AfD-Bundestagsfraktion am Dienstag auf jW-Nachfrage. Mehr noch, es sei bedenklich, wenn sich Sozialverbände schützend vor »Totalverweigerer« stellten, statt die Interessen der tatsächlich Bedürftigen zu vertreten. ASB-Hauptgeschäftsführer Uwe Martin Fichtmüller widerspricht – und mahnt: Eine stabile soziale Infrastruktur sei wichtig. Das bedeutet? »Keine Sparpolitik auf dem Rücken der Schwächsten.«

Quelle: [junge Welt](#)

Anmerkung Christian Reimann: Nicht neu ist, dass die AfD eine zutiefst neoliberale Partei ist. Das wird jedoch kaum in den "Qualitätsmedien" thematisiert. Zu groß ist wohl die Befürchtung, dass der Vorwurf des Neoliberalismus auch auf andere Parteien

des deutschen Parlamentarismus zutrifft.

13. **Trump: Der «Krypto-Präsident» sahnt gross ab**

Donald Trump scheffelt mit «digitalen Währungen» Milliarden. Es gibt kaum Grenzen zwischen Politik und profanem Profit. Bestechung?

Noch vor einem Jahr stand Donald Trump finanziell mit dem Rücken zur Wand. In Gerichtsakten war von drohendem Notverkauf seiner Immobilien die Rede, falls seine Schulden nicht drastisch reduziert würden. Heute ist der wiedergewählte US-Präsident reicher als zuvor – dank eines Imperiums aus Kryptowährungen, das in enger Wechselwirkung mit seiner Regierungspolitik entstanden ist.

Eine Recherche der «Financial Times» belegt: Trumps Firmen erzielten allein im vergangenen Jahr über eine Milliarde Dollar Gewinn aus Krypto-Geschäften. Sein Vermögen, so Schätzungen, ist um mehrere Milliarden gewachsen. Kern des Booms ist ein komplexes Zusammenspiel aus Geschäften mit digitalen Sammelkarten, Memecoins, Stablecoins und Finanzplattformen, die allesamt den Namen Trump tragen – und von Investoren aus aller Welt finanziert werden.

Quelle: [Financial Times](#)

14. **ÖRR: Warum die Kirchen die AfD verteufeln - ARD und ZDF aber verteidigen**

Auf die Verkündigungssendungen der Kirchen haben die Öffentlich-Rechtlichen keinen Einfluss – bezahlt werden sie aber mit dem Rundfunkbeitrag. Ausgewogenheit ist keineswegs inklusive. [...]

Denn die Kirche hat nach wie vor zahlreiche feste Sendeplätze im Programm.

Sogenannte Verkündigungsprogramme. Das sind immerhin 14 Stunden pro Woche, die den Kirchen bei ARD, ZDF und Deutschlandradio zustehen.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die Deutsche Bischofskonferenz können die Inhalte vollkommen frei bestimmen – und die Sender produzieren und bezahlen den ganzen Spaß. Letzteres tun sie, obwohl sie gesetzlich dazu gar nicht verpflichtet sind. Durch die Landesrundfunkgesetze und die Rundfunkstaatsverträge sind die Öffentlich-Rechtlichen nur verpflichtet, die Sendeplätze einzuräumen. [...]

Presserechtlich zeichnet die Kirche für die Inhalte verantwortlich. Die Sender prüfen nur noch, ob Verstöße gegen das Grundgesetz vorliegen. Eine Programmbeschwerde zum Beispiel über das angesprochene „Wort zum Sonntag“ läuft so ins Leere. Ändern könnten das die Landespolitiker, denn Rundfunk ist Ländersache. Doch sind Politiker teilweise eng mit kirchlichen Organisationen verbunden. Und hier schließt sich der Kreis.

Dieses Vorrecht auf kostenlose Verkündigungssendungen könnte auch ein Grund dafür sein, warum Kirchenvertreter momentan an keinem Mikrofon mehr vorbeigehen können, ohne dreimal zu betonen, dass die AfD des Teufels sei und man sie auf gar

keinen Fall wählen dürfe, wenn man denn risikofrei in den Himmel kommen möchte.
[...]

Wenn die AfD einmal etwas zu sagen haben sollte – Gott behüte! –, was wird dann aus dem „Wort zum Sonntag“ und all den in voller Schönheit übertragenen Gottesdiensten? Was wird aus den Redaktionen für Religion und Gesellschaft in den neun ARD-Anstalten, bei ZDF und Deutschlandfunk? [...]

Die Mehrheit der Deutschen ist mittlerweile konfessionslos. Trotzdem sitzen Vertreter der Kirchen prominent in allen Rundfunkräten, also den Aufsichtsgremien der Sender, und bestimmen so indirekt das Programm mit.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

15. **„Frontal21“-Mann geißelt „interne Zensur“ beim ZDF**

Es geht um angebliche Strafversetzungen und Schweigegebote: Beim ZDF brodelt es rund um den Fall eines Mitarbeiters der Sendung „frontal 21“. Nun spricht dessen Kollege und äußert ebenfalls heftige Kritik an dem Sender.

ZDF-Mitarbeiter Andreas Halbach hatte vor Kurzem bei einer Anhörung im NRW-Kulturausschuss zu einem neuen Medienstaatsvertrag schwere Vorwürfe gegen den öffentlich-rechtlichen Sender erhoben. Halbach hatte die Strukturen im Zweiten Deutschen Fernsehen heftig kritisiert und die dortigen Machtverhältnisse mit jenen der Katholischen Kirche verglichen. Der Investigativjournalist berichtete von Einschüchterungsversuchen, zurückgehaltenen Rechercheergebnissen, Zwangsversetzungen und einem Arbeitsklima, in dem Kritik nicht erwünscht ist. [...] Und was ist aus ihrer Sicht tatsächlich vorgefallen?

Ich habe interne Kritik geäußert. Ich bin seit 40 Jahren Journalist und halte mich an die Grundregeln des Handwerks: prüfen, fragen, zweifeln. Ich habe bei „frontal“ Bedenken zur Kriegsberichterstattung geäußert – konkret zur Überprüfbarkeit von Bildern aus dem Ukraine-Krieg.

Quelle: [Focus](#)

16. **Rezension: Das Finanzkapital und der Abstieg der „Moderne“**

Die Autoren Wolfram Elsner und Wolfgang Krieger zeigen in dem Heft „Vom Industrie- zum Finanzkapital“ in einem historischen Abriss den Aufstieg, Zenit und Abstieg des Finanzkapitals auf. Den Autoren ist es auf anschauliche Weise gelungen, die „Dialektik des Kapitals bei Marx abzuholen“ und in die „Aufstiegs- und Niedergangs-Prozesse des Finanzkapitals und seines Herrschaftssystems“ fortzuführen. Und so erklären sich die heutigen imperialen Kriege nicht mehr nur „aus den Gewinninteressen des militärisch-industriellen Komplexes, sondern aus den globalen geostrategischen Interessen des Gesamtsystems eines umfassend herrschenden Finanzkapitals“. Die Schrift befasst sich zunächst mit dem Entstehen der Moderne im Zeitrahmen von 1750 bis 1981, als England zum Ausgangspunkt der kapitalistischen Industrialisierung wurde. Marx und

Engels erschienen auf der Weltbühne, um das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital zu analysieren.

Quelle: [Gela-News](#)